

Mitteilung Nr. MIT-FS 19/2023		
zur Anfrage nach § 39 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	FS - 19/2023 Bernd Freemann und Hauke Hiltz FDP 18.08.2023 Verlegung der Methadonabgabestelle aus der Innenstadt	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen:

I. Die Anfrage lautet:

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Lösung hinsichtlich der Verlegung der Methadonabgabestelle aus der Innenstadt von Bremerhaven ein. Angesichts der bedauerlichen Fälle von Fehlverhalten suchtkranker Menschen in der Innenstadt und des damit einhergehenden Anstiegs von Sicherheitsproblemen und unangenehmen Vorfällen, wird es als dringend notwendig angesehen, die Situation zu verbessern.

Um eine angemessene Lösung zu erarbeiten und die Bedürfnisse der Betroffenen zu berücksichtigen, möchten wir den aktuellen Stand des Themas und den Verlauf der bisherigen Diskussionen näher beleuchten.

Wir fragen wir den Magistrat:

Wie ist der Sachstand der politischen Diskussion und des Handelns des Magistrats zur Problematik um die nachhaltige Lösung hinsichtlich der Verlegung der Methadonabgabestelle aus der Innenstadt heraus?

- a) Wie werden derzeit und in Zukunft die Bedürfnisse der Betroffenen auch an einem neuen Standort angemessen berücksichtigt?
- b) Welche Sicherheits- und Sozialkonzepte sind geplant, um kriminelles und sonstiges störendes Fehlverhalten zu reduzieren und den Betroffenen bestmögliche Unterstützung zu bieten?

Gez. Bernd Freemann, Hauke Hiltz
und FDP Fraktion

II. Der Magistrat hat am _____ beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Vorbemerkung:

Die drei gestellten Fragen:

- *Wie ist der Sachstand der politischen Diskussion und des Handelns des Magistrats zur Problematik um die nachhaltige Lösung hinsichtlich der Verlegung der Methadonabgabestelle aus der Innenstadt heraus?*
- *Wie werden derzeit und in Zukunft die Bedürfnisse der Betroffenen auch an einem neuen Standort angemessen berücksichtigt?*
- *Welche Sicherheits- und Sozialkonzepte sind geplant, um kriminelles und sonstiges störendes Fehlverhalten zu reduzieren und den Betroffenen bestmögliche Unterstützung zu bieten?*

werden in der Folge gemeinsam beantwortet:

Die Praxis der Substitution drogenabhängiger Personen erfolgt nicht im Verantwortungsbereich des Magistrats. Vor diesem Hintergrund vermag der Magistrat nur über Kontaktaufnahme mit den substituierenden Ärzten und der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen die Bereitschaft zur Verlegung der Substitution zu prüfen. Eine Verlegung der Substitution wird dabei vermutlich nicht kurzfristig zu erreichen sein.

Im Rahmen der Etablierung der Substitution hat sich der Magistrat zur begleitenden Betreuung inklusive der psychosozialen Betreuung verpflichtet. Diese Aufgabe wird im Rahmen einer Zuwendung durch die AWO Bremerhaven umgesetzt. Dem dient unter anderem das „Jump In“ in der Rickmersstraße.

Kurzfristig wird eine Straßensozialarbeit für den betroffenen Personenkreis etabliert. Gemäß Koalitionsvereinbarung ist im Rahmen der Haushaltsaufstellung eine Stärkung und Vernetzung der Angebote vorgesehen. Dieses betrifft auch die Öffnungszeiten des „Jump In“.

Parallel dazu ist der Personenkreis häufig auch von Obdachlosigkeit betroffen. Zur Stärkung und Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe wird im Rahmen der Haushaltsaufstellung durch das Sozialamt ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt. Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen sollen verstärkt mit psychosozialen Beratungsangeboten erreicht werden, um ihnen den Weg in das bestehende Hilfesystem zu ebnen.

Begleitend zur Etablierung der aufsuchenden Sozialarbeit ist eine verstärkte Streifenförmigkeit von Ordnungs- und Sicherheitsbehörden beabsichtigt. Ebenfalls wurde die Ortspolizeibehörde damit beauftragt, ein Sicherheitskonzept für die Innenstadt zu erstellen.

Es ist eine dezernatsübergreifende Abstimmung initialisiert, um das Vorgehen und ggf. weitere Maßnahmen abzustimmen.

Grantz
Oberbürgermeister